

Prävention & Demokratieförderung

Mehr Zukunft wagen und die Fähigkeit zum Kompromiss bewahren

Wolfgang Kahl

„Teilhabe und Gestaltung, Vielfalt und Toleranz sind Begriffe, die sich aus den demokratischen Grundwerten ableiten. Demokratie setzt damit die Rahmenbedingungen für präventives Handeln. Sie ist sowohl die Basis als auch der Motor von Prävention. Im Bereich der Prävention von Gewalt und Radikalisierung ist die Förderung von Demokratie zudem ein zentrales Mittel der Prävention. Diesem umfassenden Zusammenwirken widmet sich der Schwerpunkt des 24. Deutschen Präventionstages“, so lautet die Begründung des Kongressthemas. Nachfolgend stehen die konflikttheoretischen Überlegungen von Roland Eckert (zusammen mit Coerw Krüger & Helmut Willems) und der Essay von Harald Welzer zu den heutigen Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Demokratieförderung im Vordergrund.

Wissenschaftliche Stellungnahmen zum Schwerpunktthema des 24. DPT¹

Für den Deutschen Präventionstag 2019 haben neun Expertinnen und Experten von insgesamt sieben verschiedenen Institutionen fünf wissenschaftliche Stellungnahmen angefertigt. Auf Grundlage der fünf interdisziplinären Stellungnahmen erstellt der Deutsche Präventionstag die Berliner Erklärung 2019. Die Expertinnen und Experten stammen aus den Disziplinen Psychologie und Sozialpsychologie, Geschichtswissenschaften, Sozialpädagogik, Politikwissenschaften, Jugendforschung und Soziologie.

Die wissenschaftliche Stellungnahme von Prof. em. Dr. Manfred Görtemaker trägt den Titel *Demokratieentwicklung und Gefährdungen*. Sie widmet sich in drei großen Teilen der Herausbildung von Demokratie und Menschenrechten, der Entwicklung der Demokratie und Deutschland sowie den Risiken und Bedrohungen der Demokratie.

Ein gesellschaftspolitischer Essay zu den *heutigen Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Demokratieförderung* lautet der Titel der Stellungnahme von Prof. Dr. Harald Welzer. Sie widmet sich in vier großen Teilen dem Paradox der Demokratie, den Demokratieförderung, dem zivilisato-

rischen Projekt der Demokratie und schließlich der sozialen Ungleichheit mit Blick auf die kulturelle, die kommunikative und die politisch-pädagogische Praxis.

Die wissenschaftliche Stellungnahme von Prof. em. Dr. Roland Eckert mit Dr. Coerw Krüger und Prof. Dr. Helmut Willems trägt den Titel *Gesellschaftliche Konflikte und Felder der Prävention*. Sie widmet sich, nach einer Einleitung in den Zusammenhang von Demokratie, Rechtsstaat und Gewaltprävention in sieben großen Teilen den folgenden Themen: fragliche Veränderungen in der sozialen Topografie Deutschlands; Konfliktszenarien der Gegenwart; Konflikt, Eskalation und Gewalt; drei Ansätze der Prävention; Felder von Prävention und schließlich Konfliktbearbeitung in der europäischen und globalen Politik.

Dr. Björn Milbradt, Katja Schau und Dr. Frank Greuel haben ihre Stellungnahme (*Sozial-)Pädagogische Ansätze im Bereich der Radikalisierungsprävention – Handlungslogik, Präventionsstufen und Ansätze* genannt. Sie gehen in drei großen Teilen den folgenden Fragen nach: Was ist Prävention? Was ist (Radikalisierungs-)Prävention? Wie strukturiert sich das Feld der (sozial-)pädagogischen Radikalisierungsprävention in Deutschland?

Die wissenschaftliche Stellungnahme von Prof. Dr. Andreas Beelmann trägt den Titel *Grundlagen eines ent-*



wicklungsorientierten Modells der Radikalisierung. Sie widmet sich in vier großen Teilen den Themen: Definition und Definitionsprobleme von Radikalisierung und Extremismus; Radikalisierungs- und Extremismustheorien; entwicklungsorientiertes Modell der Radikalisierung und schließlich Implikationen für die Radikalisierungsprävention.

Demokratie

Demokratie als Staatsform hat ihre Wurzeln in der Antike und ist heute Ergebnis eines langen zivilisatorischen Prozesses, an dem nur ein kleiner Teil der Menschheit teilnehmen konnte und der ihrem Großteil immer noch verwehrt ist. Demokratie ist an den Rechtsstaat gekoppelt, der die politische Willensbildung regelt, Mehrheitsentscheidungen verbindlich macht und wiederum persönliche Freiheitsrechte sichert.

Roland Eckert stellt fest: „Demokratie ist eine Form der Herrschaft, die an die mehrheitliche Zustimmung derjenigen geknüpft ist, die ihr unterworfen sind.“ Harald Welzer ergänzt, dass Demokratie von Voraussetzungen lebe, die sie selbst nicht garantie-

¹ Gemäß „Die täglichen Präventionsnews“ von Erich Marks am 1. April 2019. Die Stellungnahmen sind online auf der DPT-Website erhältlich und im DPT-Kongresskatalog abgedruckt.

ren könne. Die Mitglieder einer Gesellschaft müssen ihrem Staat Vertrauen entgegenbringen und Verantwortung übernehmen, Bedingungen also, die nicht durch Gesetze und Verordnungen vorgeschrieben werden können: *„Demokratie ist mithin eine paradoxe Form von Gesellschaft. Sie kann Zusammenhalt nur sicherstellen, wenn dieser jenseits der Verfassung schon existiert.“* Es bedarf demnach einer weitgehenden Übereinstimmung der Menschen, Teil einer auf freiheitlichen und solidarischen Werten beruhenden und in diesem Sinne gleichgesinnten Gemeinschaft sein zu wollen. Auf einer solchen Grundlage ermöglicht Demokratie, Interessenkonflikte auszuhalten und zu managen: *„Um die grundsätzlich gegebene Spannung zwischen individuellen und kollektiven Interessen produktiv halten zu können, bedarf es eines Mindestmaßes nicht nur an materiellen, sondern vor allem an gefühlten Zusammenhalts.“*

Eckert betont sodann, dass Demokratie durch das Prinzip von Machtwechsel die Wahrscheinlichkeit von Gewalt reduziere, weil Entscheidungen revidierbar seien. Die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen, erhöhe sich dadurch: *„Wie immer auch emotionale Dispositionen und politische Rechtfertigungen für Gewalt beschaffen sind – letztlich geht es darum, wie es dem Rechtsstaat und der Demokratie gelingen kann, die grundlegenden sozialen, ökologischen und weltanschaulichen Konflikte auf die Schiene geregelter Verfahren zu bringen und damit dem gewalttätigen Kampf zu entziehen.“*

Gefährdungen

Welzer und Eckert sehen Gefahren für den demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft und bei den Fähigkeiten der Demokratie, die zukünftigen gesellschaftlichen und politischen Problemlagen angemessen bewältigen zu können. Jenseits der Regulierung von Interessenkonflikten komme es darauf an, dass Menschen nicht vor der Freiheit in eine vermeintliche Sicherheit flüchten und auf ihre Autonomie verzichten: *„In diesem Sinn ist eine liberale Demokratie immer auch eine Zumutung für Menschen, die viel Orientierung, Halt, Anweisung brauchen“* (Welzer).

Die Attraktivität von autokratischen und totalitären Gesellschaften

liege für viele Menschen in dieser Entlastung von Autonomie und Freiheit und im Aufgehen in einem „Volkswillen“ oder einem nach Kriterien der Zugehörigkeit definierten Kollektiv. Besonders attraktiv sei die Flucht vor der Freiheit demgemäß für Menschen, die aufgrund ihrer sozialen und mentalen Lage besonders großen Orientierungsbedarf haben, oder anders gesagt, in scheinbar unsicheren Zeiten besonders viel Vergemeinschaftung und Suspendierung von eigener Verantwortung brauchen: *„Was für die Demokratie dabei wirklich gefährlich wird, ist das Einwandern von Begriffen, Themen und Deutungen in die gesellschaftlichen Normalitätserwartungen, die zuvor als extrem betrachtet wurden“* (Welzer), im Sinne einer Umcodierung dessen, *„was als erwünscht und verwerflich, gut und schlecht, ordnungsgemäß und kriminell gilt“*. Es handele sich weniger um die „Abgehängten“ als vielmehr um „Abstiegsbedrohten“, die am ehesten zu autoritären Einstellungen neigen.

Wenn die „weicheren Faktoren“ sogar bedeutsamer als die soziale Lage sind, um einen Schwenk von Teilen der Gesellschaft zum Rechtspopulismus zu erklären, beleuchten beide Wissenschaftler die „Sorge um die Zukunft“ als zentrales Motiv. Solche Befürchtungen sollten ernst genommen werden, auch wenn die „Erosion der Systemzustimmung“ vor dem Hintergrund einer hervorragenden wirtschaftlichen Lage in Deutschland paradox erscheinen mag.

Konfliktszenarien

Eckert weist auf Konfliktszenarien hin, die bereits die Gegenwart betreffen und für die Zukunft relevant sind:

- **Konflikt um Ökologie:** Von einer Problemlösung der bereits seit den 1960er-Jahren andauernden ökologischen Krise könne bis heute kaum die Rede sein. Nicht einmal der Klimawandel sei bisher als Faktum weltweit anerkannt.
- **Konflikt um Einwanderung:** Zuwanderung werde in Deutschland bereits seit Jahrzehnten symbolisch dramatisiert, seit 2015 in besonderer Konfrontation zwischen weltoffener „Willkommenskultur“ und ethnisch-kulturell definiertem „Deutschtum“: *„Rund um den Erdball verstärken sich die Bestrebungen, den Hilfsverpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention und*

des Asylrechts entgegenzutreten, Migranten abzuwehren oder zumindest ihre Auswahl dem Primat nationalen Nutzens zu unterstellen.“

- **Die Krise der Finanzmärkte:** Der konstitutionelle Staat als Instrument des sozialen und rechtlichen Ausgleichs gerate insbesondere durch die „Konkurrenz der Steuerstandorte“ in Bedrängnis. Ihm fehlen die Mittel, um für Sicherheit und Ausgleich in der Gesellschaft sorgen zu können.

Weitere Konfliktlinien seien das Überdauern patriarchalischer Ordnungen in Migrantenmilieus sowie eine Rückbesinnung auf hierarchische Ordnungen in konservativen Kreisen. Beide Trends bedrängen das Bild des selbstbestimmten, urteilsfähigen, autonomen Menschen. Eckert schlussfolgert, die Kumulation der Konflikte über den Weg in die Zukunft könne die Akzeptanz von Rechtsstaat und Demokratie und das Vertrauen in die Institutionen und ihre Verarbeitungskapazitäten erschüttern.

Zukunftsbremsen: die drei apokalyptischen Reiter

Welzer konstatiert, dass *„zu wenig Energie und Intellekt darauf verwendet wurde“*, das demokratische Modell *„auch unter Bedingungen verschärfsten ökologischen Drucks, wachsender Migrationsbewegungen, veränderter Medienlandschaften robust zu halten und zukunftsfähig zu machen“*. Die Zukunftsorientierung der bisherigen Moderne werde von einer Gegenwartsdominanz verdrängt:

- **totaler Konsumismus:** Hyperkonsum und Sofortismus der unverzögerten Bedürfnisbefriedigung,
- **totale Berechenbarkeit:** Digitalisierung verhindert Zukunftsöffnung durch ein Berechenbarkeitsparadigma,
- **totale Katastrophe:** Klimaforsehung erzeuge (leider auch) das Bild der Dystopie, einer Zukunftserzählung des Planeten mit negativem Ausgang.

Es entwickle sich eine Kultur der Zukunftsverhinderung: *„Zukunft ist das, was nicht passieren darf. (...) Das Ziel ist es, den Status quo, und wäre er noch so übel, zu retten vor dem Angriff einer dystopischen Zukunft.“*²

² Claudius Seidl, Der Mann aus der Zukunft. In Dana Giesecke et al. (Hg.), Welzers Welt. Störungen im Betriebsablauf. Frankfurt/M.: Fischer 2018, S. 374 ff.

Daran knüpft die Forderung, dass man das zivilisatorische Projekt der Moderne nicht fortsetzen könne, ohne die Idee von einer Zukunft zu haben, die ein besseres Leben vorsieht: „Mehr soziale Gerechtigkeit, mehr persönliche Autonomie, mehr verfügbare Zeit, weniger Gewalt und Zwang auf der Basis eines nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Voraussetzungen des Überlebens.“ Demokratieförderung sollte mithelfen, positive Zukunftsbilder zu entwickeln und in ersten Schritten erlebbar zu machen.

Politische Kommunikation

Für eine stabile politische Kultur komme es nach Welzer darauf an, den medialen Trend hin zu antagonistischen Zuspitzungen in Kommunikation wieder zu verdrängen: „Für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es weit förderlicher, wenn die Voraussetzung besteht, dass man bei allen politischen Differenzen in einem gemeinsamen Referenzrahmen, nämlich dem der liberalen Demokratie und der offenen Gesellschaft handelt und sich entsprechend nicht als Feinde betrachtet.“ Eckert spitzt umgekehrt zu: „Sowohl die Entgrenzung kämpferischer Leidenschaften als auch der kompromisslose Glaube an nur ein Prinzip, das alle Probleme lösen würde – beide würden das gemeinsame Schiff schnell zum Kentern bringen.“

Es komme daher darauf an, in der politischen Kommunikation immer wieder deutlich zu machen, welche Erfolge und welche Bewältigungskapazität die liberale Demokratie vorzuweisen hat, anstatt sie durch permanente Thematisierung von Dysfunktionalitäten abzuwerten. Nötig sei ein Kulturwandel in der politischen wie in der medialen Kommunikation.

Präventionsansätze und -felder

Während Welzer in seinem Essay die Fortentwicklung des demokratischen Projekts als Voraussetzung einer zivilen und friedlichen Gesellschaft herausarbeitet, konzentriert sich Roland Eckert sodann auf die konkreten Ansätze und Felder der Prävention, „um Anreize für Gewalt in dem Zusammenleben von Menschen zu reduzieren und friedliche Verhaltensweisen zu fördern, was immer auch der Demokratie zugutekomme“: Individualprävention, auf Verhältnisse bezogene Konfliktbear-

beitung und Training von sozialer Teilhabe. Genannt werden pädagogische Konzepte, Erziehungshilfen, schulische Prävention, Sozialarbeit, Berufsbildung, Gemeinwesenarbeit, Schlichtung, Aufklärung in den neuen Medien, deeskalierendes Versammlungsrecht, Verbandsklage, demokratische Kontrolle der Sicherheitsbehörden und Lobbyismuskontrolle.

Demokratiepädagogik neuen Typs

Harald Welzer betont die historisch-politische Bildung als Demokratieverstärker, sieht allerdings Anlass, die Vermittlungspraxis zu modernisieren. Rituale der Holocausterinnerung seien für junge Menschen wenig anschlussfähig, wenn sie mit einer moralischen Gebrauchsanweisung versehen seien: „Aktive Aneignungsprozesse und die Entwicklung eigenständiger Deutungen und Bewertungen sind viel nachhaltiger für das Demokratiebewusstsein als die Übernahme vorgefertigter moralistischer Glaubenssätze. [...] Wenn Lernen am historischen Gegenstand heute einen Sinn haben kann, dann den, ein Sensorium für die Potenziale zum Guten oder Schlechten entwickeln zu können, die in Gegenwartskonstellationen schlummern, und ein wirksames Unterscheidungsvermögen dafür zu haben, welche Option unter gegebenen Bedingungen humanen und welche gegenmenschlichen Entwicklungen dient.“

Immerhin seien „Nazis“ keine Identifikationsfiguren – ein Erfolg der deutschen Erinnerungskultur – dennoch gewöhnen menschenfeindliche, autoritäre, demokratieskeptische und verschwörungstheoretische Einstellungen derzeit auch bei Anhängern der etablierten Parteien an Bedeutung (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Ergebniszusammenfassung in diesem Heft).

Daher sollten politische Bildung, Demokratiepädagogik, Menschenrechtserziehung und Gewaltprävention auf die Herstellung von Unterscheidungsvermögen zwischen richtigen und falschen, tolerablen und inakzeptablen Verhaltensweisen und Entwicklungen abzielen. Die Auseinandersetzung mit Ausgrenzungs- und Gewaltprozessen müsse zudem mit gegenteiligen Phänomenen wie Solidarität, Hilfeverhalten, Widerstand oder anderen Aspekten prosozialen

Verhaltens balanciert werden: „Bürgergesellschaftliche Lernorte müssen bei ihren Nutzern Vertrauen in die Ausgestaltungsmöglichkeiten eigener Handlungsspielräume erwecken und bestärken. Daher geht es allem auch um die Sichtbarmachung und Erfahrbarkeit gegebener Handlungsspielräume und die Einübung von Autonomie und Resilienz, also die Aufrechterhaltung von Handlungsperspektiven auch unter äußerlich einschränkenden Bedingungen.“

Welzer regt an, Lernorte für die Demokratie zu schaffen, in dem die Potenziale und Bedingungen des sozialen Handelns anschaulich, spannend und aktivierend erschlossen werden können (wie etwa das aktuelle Demokratie-Labor im Deutschen Historischen Museum, vgl. Beitrag in diesem Heft): „Am historischen Fall der nationalsozialistischen Ausgrenzungsgesellschaft kann darüber hinaus dargestellt werden, wie sich die normativen Perspektiven ganz normaler Bürgerinnen und Bürger im Zeitverlauf so verändern können, dass gegenmenschliche Praktiken zunehmend als akzeptabel und alltäglich erscheinen. Alle Einzelschritte des sozialen Ausgrenzungsprozesses der jüdischen Deutschen fanden in der Öffentlichkeit statt, was sich durch entsprechende Ausstellungstechniken eindrücklich darstellen lässt (die etwa die Betrachter per Videotechnik in Zuschauergruppen von antijüdischer Gewalt projizieren). Oder umgekehrt: Am Beispiel der Bürgerrechtsbewegung in der DDR lässt sich zeigen, wie, wo und unter welchen Dynamiken sich die Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen erhöhten und Widerstandspotenziale sukzessive erweitert wurden.“

Fazit

Eckert und Welzer sind sich einig, dass die Fortdauer der Errenschaften des demokratischen Rechtsstaats keineswegs selbstverständlich sei. Einerseits müssten die gegenwärtigen Tendenzen, die Demokratie in Zweifel zu ziehen und anzugreifen, im gesellschaftlichen Diskurs gehalten werden, andererseits werde es problematisch, wenn konzeptioneller Anspruch sowie wahrgenommene Wirklichkeit auseinanderklaffen und sich die Bürger/-innen nicht mehr mit der realen Demokratiepraxis identifizieren können. Daher seien alle Möglichkeiten und Formate der Demokratieförderung und Prävention

weiterzuentwickeln, die insbesondere junge Menschen zum Mitmachen motivieren und die immer wieder positive Aspekte gelebter demokratischer Praxis vermitteln.

Eckert: *„Demgegenüber bleibt die Verbindung von Recht und Demokratie am ehesten geeignet, das Gemeinwesen durch die Stromschnellen künftiger Ereignisse zu lenken.“*

Welzer: *„Auch die Demokratieförderung muss angesichts veränderter ge-*

sellschaftlicher Mentalitäten neue und frische Strategien entwickeln, um insbesondere junge Menschen zu erreichen.“

Die Durchsicht der gutachterlichen Stellungnahmen macht deutlich, dass Demokratieförderung und Prävention zwei Seiten derselben Medaille sind. Die Weiterentwicklung des zivilisatorischen Projektes „Demokratie“ findet vor dem Hintergrund von derzeit zunehmenden Gefährdungen und An-

feindungen statt, die es präventiv zu verringern gilt. Die Methoden und Instrumente sind vielfältig und sind mit ihren konkreten Zielrichtungen bestmöglich aufeinander abzustimmen. Definitorische Abgrenzungsdebatten bringen die gute Arbeit vieler engagierter Fachleute und anderer Mitwirkender nicht weiter, wohl aber eine angemessene Qualitätsentwicklung.